

Gerade freigegebene US-Dokumente belegen, dass die USA durch die Errichtung der Berliner Mauer zwar überrascht wurden, sie aber insgeheim mit großer Erleichterung begrüßten und bewusst auf Gegenmaßnahmen verzichteten.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 140/11 – 26.08.11

Zum Bau der Berliner Mauer vor fünfzig Jahren

National Security Archive Electronic Briefing Book No. 354 – Posted August 12, 2011
Global Research, 14.08.11

(<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=26018>)

Obwohl sie die Mauer öffentlich verurteilten, sahen US-Offizielle es als "langfristigen Vorteil" an, wenn potenzielle Flüchtlinge in Ostdeutschland blieben.

Drei Tage vor dem Mauerbau rechnete die CIA damit, dass Ostdeutschland "härtere Maßnahmen" ergreifen werde, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen.

Verärgert darüber, dass er nicht früher gewarnt worden war, ließ John F. Kennedy von seinen Geheimdienstberatern die Arbeit der CIA überprüfen



Betriebskampfgruppen am Brandenburger Tor

Washington D.C., 12. August 2011 – **Als die Führung Ostdeutschlands, der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, vor fünfzig Jahren, ihre dramatische Entscheidung, Ostberlin vom Westteil der Stadt abzutrennen, in die Tat umsetzte, wurde ihr Vorgehen von führenden Vertretern der Kennedy-Regierung öffentlich verurteilt.**

In Wirklichkeit sahen die gleichen Vertreter, einschließlich des US-Außenministers Dean Rusk, die Mauer als potenziell richtigen Beitrag zur Stabilisierung Ostdeutschlands und zur Beilegung der Dauerkrise um Westberlin an. Llewellyn Thompson, der damalige US-Botschafter in der Sowjetunion, schrieb dazu nieder: "Sowohl wir

als auch die Westdeutschen sehen es langfristig als Vorteil an, wenn potenzielle Flüchtlinge in Ostdeutschland bleiben." Diese überraschende, von Thompson und Rusk geteilte Ansicht gehört zu interessanten Informationen, die den heute vom National Security Archive veröffentlichten Dokumenten zu entnehmen sind. (Dieses bei der George Washington University in Washington angesiedelte Archiv verwaltet alle nicht mehr geheimen Dokumente der US-Regierung und macht sie durch Auskünfte oder Veröffentlichungen zugänglich, s. http://en.wikipedia.org/wiki/National_Security_Archive)

Die vorher offenbar geheimen Dokumente enthalten auch neue Informationen über eine bisher ungeklärte Frage aus jener Zeit: Wie gut oder wie schlecht sind die US-Geheimdienste damals ihrer Verantwortung gerecht geworden? In einem Dokument wird die Verärgerung des Präsidenten John F. Kennedy über die Tatsache deutlich, dass er nicht rechtzeitig vor der Maßnahme der ostdeutschen Regierung gewarnt worden war.

Einige der heute veröffentlichten Dokumente stammen aus der CREST-Datenbank der CIA (s. http://www.archive-research.com/CIA-CREST/CIA-CREST_database.htm) in den National Archives im College Park (s. <http://www.archives.gov/dc-metro/college-park/>). Da sie teilweise stark zensiert sind, hat das National Security Archive darum gebeten, zu überprüfen, ob nicht auch die unkenntlich gemachten Inhalte freigegeben werden können. Andere relevante Dokumente, darunter die vor dem Mauerbau täglich angefertigten CIA-Berichte für Präsident Kennedy, sollen geheim bleiben, weil die CIA ihre Quellen und Methoden auch heute noch nicht preisgeben möchte. Das National Security Archive hat gegen die andauernde Geheimhaltung Beschwerde eingelegt.

Am 13. August 1961 begannen ostdeutsche Sicherheitskräfte strenge Kontrollen an der Grenze zwischen Ost- und Westberlin durchzuführen, um den Strom von tausenden von Flüchtlingen zu stoppen, die größtenteils über Berlin (in die Bundesrepublik) flohen. Die Maßnahmen wurden mit dem Vorwand gerechtfertigt, man müsse Vorsorge gegen die Aggressivität Westdeutschlands treffen; der Hauptgrund war aber das wirtschaftliche Desaster, das der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik / DDR drohte. Um zu verhindern, dass immer mehr ihrer Bürger flohen, errichtete die DDR Stacheldrahtzäune, die bald durch eine Mauer aus Betonelementen ersetzt wurden. Das Bauwerk durfte in der DDR aber nicht als "Mauer" (sondern nur als antifaschistischer Schutzwall) bezeichnet werden. [1] Die heute vom National Security Archive veröffentlichten freigegebenen Dokumente lassen erkennen, wie US-Diplomaten und Geheimdienst-Analysten den Flüchtlingsstrom aus Ostdeutschland und die Schließung der Sektorengrenze einschätzten.

Fast dreißig Jahre lang war die Berliner Mauer das Symbol eines tyrannischen Regimes, das seine Bevölkerung praktisch eingesperrt hatte. **Als die Mauer errichtet wurde, lagen die Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich, die Besatzungszonen in Westberlin hatten, wegen des Status von Westberlin mit der Sowjetunion im Streit. Seit November 1958, als Chruschtschow sein erstes Ultimatum stellte, waren viele besorgt, dass Chruschtschow und Ulbricht einen Friedensvertrag unterzeichnen könnten, der den Zugang der Alliierten und Westdeutschen nach Westberlin erschweren würde. [2] Aus diesen Gründen sahen Schlüsselfiguren der US-Regierung die Mauer nicht als Bedrohung ihrer eigenen Interessen an; sie hielten es sogar für besser, wenn potenzielle ostdeutsche Flüchtlinge zu Hause blieben. Obwohl US-Außenminister Dean Rusk die Schließung der Sektorengrenze offiziell als "ernste Angelegenheit" anprangerte, hat er in Wirklichkeit wahrscheinlich erleichtert aufgeatmet, weil er erkannte, dass "der Abschluss eines Berlin-Abkommens" jetzt viel leichter geworden war.** (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Vierm%C3%A4chteabkommen_%C3%BCber_Berlin)

Der Anfang Juli 1961 von dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Nikita_Sergejewitsch_Chruschtschow) und dem ostdeutschen Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Ulbricht) gefasste Beschluss, die Grenze zu schließen, blieb streng geheim. Die USA rechneten zwar nicht mit der Errichtung einer "Mauer", aber Diplomaten und Geheimdienst-Analysten erwarteten, dass der Flüchtlingsstrom mit harten Eingriffen gestoppt werden würde. Trotzdem wurde Präsident Kennedy durch die drakonischen Maßnahmen Ostdeutschlands zur Schließung der Sektorengrenze überrascht. Aus den freigegebenen Dokumenten ist zu sehen, dass den Geheimdiensten ein völliges Versagen oder zumindest Versäumnisse bei der rechtzeitigen Warnung des Präsidenten Kennedy und seiner Berater vor der Möglichkeit einer DDR-Aktion vorgeworfen werden.

In den freigegebenen Dokumenten gibt es weitere Enthüllungen:

- Nach einem Bericht des US-Außenministeriums sah die CIA-Außenstelle in Westberlin die Flüchtlingskrise der DDR als Teil der größeren Krise um Westberlin an. Die Bürger Ostdeutschlands befürchteten, dass Chruschtschow und Ulbricht sich darauf verständigen könnten, Ostberlin von Westberlin zu trennen, um ihnen damit "die letzte Chance zur Flucht" zu nehmen.
-
- **Vertreter des US-Außenministeriums waren der Meinung, Washington solle, falls die Ostdeutschen und die Sowjets härtere Maßnahmen zur Eindämmung des Flüchtlingsstromes ergreifen würden, "vor der Welt laut dagegen protestieren", aber auf Gegenreaktionen verzichten, weil damit die Probleme (um Westberlin) nur verschlimmert würden. Ein Volksaufstand in Ostdeutschland lag "zu diesem Zeitpunkt" nicht im Interesse der USA.**
-
- **In den Wochen vor der Mauerkrise stellte Llewellyn Thompson, der US-Botschafter in die Sowjetunion, eher mitleidlos fest, "abgesehen von der Gefahr, dass es durch wachsenden Druck zu einem Aufstand in der DDR kommen könnte, wäre es sowohl für die Westdeutschen als auch für die USA, längerfristig gesehen, von Vorteil, wenn potenzielle Flüchtlinge in Ostdeutschland blieben". Weil der Flüchtlingsstrom Ostdeutschland immer mehr destabilisiere, sei es besser, wenn die Ostdeutschen zu Hause blieben, damit der sowjetische Druck auf Westberlin nachlasse.**
-
- **Offizielle der US-Botschaft in Westberlin berichteten am 7. August, es werde "katastrophale Auswirkungen auf die DDR-Wirtschaft" haben, wenn (wie im Juli 1961) auch weiterhin täglich mehr als 1.100 Flüchtlinge die DDR verließen. Ostdeutsche Sicherheitskräfte würden bereits "fast alle männlichen Personen zwischen 12 und 35 Jahren" aus den Zügen nach Ostberlin holen.**
-
- Die CIA-Abteilung für aktuelle Entwicklungen berichtete am 10. August, das (DDR-) Regime erwäge "härtere Maßnahmen zur Reduzierung des Flüchtlingsstromes", nannte aber keine konkreten Vorhaben.
-
- **In einer Rede am 10. August erklärte Walter Ulbricht: "Wir haben das [Flüchtlings-]Problem mit unseren sowjetischen Freunden und mit Vertretern der Warschauer Pakt-Staaten besprochen, und wir stimmen mit ihnen darin überein, dass wir jetzt an dem Punkt angelangt sind, an dem wir sagen müssen: Bis hierher und nicht weiter!" Mehrere Monate später wurde diese Ankündigung vom U.S. President's Foreign Intelligence Advisory Board / PFIAB (von Beratern des US-Präsidenten aus den Auslandsgeheimdiensten) als "deutlichster Hinweis" auf eine bevorstehende Aktion angesehen.**
-
- **Washington und die Regierungen der anderen (westlichen) Alliierten ergriffen keine nennenswerten Gegenmaßnahmen gegen die Schließung der Sektorengrenze, weil keins ihrer grundlegenden Rechte (in Gesamtberlin) angetastet wurde. US-Außenminister Dean Rusk drückte mit seiner Äußerung, die Mauer sei "kein Anlass zum Schießen", die vorherrschende Meinung aus.**
- **Die Untätigkeit der westlichen Alliierten und der durch Schließung der Grenze verursachte Schock riefen in Westdeutschland und besonders in Westberlin große moralische Empörung hervor, die Kennedy zu dämpfen versuchte. Innerhalb weniger Tage beorderte er eine Kampfbrigade der US-Army nach Westberlin, und Vizepräsident Lyndon Johnson kam zu Besuch.**

- **Weil Präsident Kennedy das Gefühl hatte, dass er nicht rechtzeitig vor der bevorstehenden Aktion Ostdeutschlands zur Schließung der Sektorengrenze gewarnt worden war, forderte er bei seinem Geheimdienst-Beratergremium / PFIAB einen Bericht über die "Vorinformationen" an, die den US-Geheimdiensten zur Verfügung gestanden hatten. "Nach Ansicht des PFIAB haben die Geheimdienste die Spitzenpolitiker "nicht umfassend und rechtzeitig genug über die Erkenntnisse informiert, die sie (vor der Grenzschießung) gesammelt hatten."**
-
- **Ein Jahr nach dem Mauerbau erfuhr das US-Außenministerium von britischen Diplomaten, der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikojan habe mit Harold Wilson, dem Vorsitzende der britischen Labour Party, darin übereingestimmt, dass die Mauer "ein Skandal und ein Schandfleck für den Kommunismus" sei.**

Es wurde bereits erwähnt, dass die Leistungen der US-Geheimdienste vor der Grenzschießung zu den wenigen ungelösten Rätseln im Zusammenhang mit der US-Reaktion auf den Mauerbau gehören. Die CIA stellte für Kennedy täglich eine Liste mit Informationen zusammen, die "President's Intelligence Checklist" / PICL. [Das war der Vorläufer des "President's Daily Brief".] Die Informationen, die Kennedy in den letzten Tagen vor dem Mauerbau von der CIA erhalten hat, sind noch geheim. Bis jetzt hat sich die CIA geweigert, die PICLs, die vom 10. bis zum 14 August 1961 erstellt wurden, freizugeben. [Auch ein PFIAB-Bericht über die Arbeit der CIA wurde stark zensiert.] Die vom National Security Archive beantragte Überprüfung der Freigabe-Entscheidung durch das Interagency Security Classification Appeals Panel (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Interagency_Security_Classification_Appeals_Panel) könnte dazu führen, dass auch die restlichen PICLs noch freigegeben werden.

Anmerkungen

[1] Patrick Major, Behind the Berlin Wall: East Germany and the Frontiers of Power (Oxford,: Oxford University Press, 2010), 143. The official term was "Anti-Fascist Defense Rampart" or antifaschistischer Schutzwall).

[2] For recent accounts of the 1961 crisis, see Frederick Kempe, Berlin 1961: Kennedy, Khrushchev, and the Most Dangerous Place on Earth (G.P. Putnam's Sons, 2011); Pertti Ahonen. Death at the Berlin Wall (Oxford : Oxford University Press, 2011); W.R. Smyser, Kennedy and the Berlin Wall : "a hell of a lot better than a war" (Lanham, Md.: Rowman & Littlefield Publishers, 2009), and Patrick Major, Behind the Berlin Wall: East Germany and the Frontiers of Power. For an influential study of East German-Soviet relations during the 1950s through the Berlin crisis, see Hope Harrison, Driving the Soviets Up the Wall: Soviet-East German Relations, 1953-1961 (Princeton: Princeton University Press, 2003)

(Weitere Anmerkungen, die sich auf die verlinkten Dokumente beziehen, finden sich im eingangs verlinkten englischen Originaltext.

Wir haben diese Einführung vollständig übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern und Hervorhebungen versehen. Die Ergänzungen in eckigen Klammern sind im englischen Text in runde Klammern gesetzt.

Nach der Einführung folgen im Originaltext Links zu 24 Originaldokumenten, die jeweils mit kurzen Inhaltsangaben vorgestellt werden. Auch diese Dokumente sind über den eingangs bereits angegebenen Link <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=26018> zugänglich. Anschließend drucken wir den Originaltext der übersetzten Einführung ab.)

The Berlin Wall, Fifty Years Ago

National Security Archive Electronic Briefing Book No. 354
 Global Research, August 14, 2011

While Condemning Wall in Public, U.S. Officials Saw "Long Term Advantage" if Potential Refugees Stayed in East Germany

Three Days Before Wall Went Up, CIA Expected East Germany Would Take "Harsher Measures" to Solve Refugee Crisis

Disturbed By Lack of Warning, JFK Asked Intelligence Advisers to Review CIA Performance

*National Security Archive Electronic Briefing Book No. 354 – Posted August 12, 2011
 For more information contact: William*

Washington, D.C., August 12, 2011 – Fifty years ago, when leaders of the former East Germany (German Democratic Republic) implemented their dramatic decision to seal off East Berlin from the western part of the city, senior Kennedy administration officials publicly condemned them.

Nevertheless, those same officials, including Secretary of State Dean Rusk, secretly saw the Wall as potentially contributing to the stability of East Germany and thereby easing the festering crisis over West Berlin. Indeed, U.S. ambassador to the Soviet Union Llewellyn Thompson had written that "both we and West Germans consider it to our long-range advantage that potential refugees remain [in] East Germany." This surprising viewpoint from Thompson and Rusk, among others, is one of a number of points of interest in declassified documents posted today by the National Security Archive.

The previously secret documents also reveal new information about one of the remaining unknowns from the period—how well (or poorly) U.S. intelligence agencies carried out their responsibility. In one record, President John F. Kennedy's frustration shows through over the fact that he did not receive adequate advance warning of the East German move.

Some of the documents posted today were released by the CIA through its CREST database at the National Archives, College Park. As a few of them are heavily excised, the National Security Archive has requested further declassification review. Other relevant documents--CIA daily reports to President Kennedy during the Wall crisis--remain classified because of agency insistence that sources and methods are at risk. The Archive has appealed these denials.

On 13 August 1961, East German security officials imposed harsh controls at the East-West borders in Berlin designed to stop the flow of thousands of refugees, mostly fleeing through West Berlin. Implausibly justifying the measures as a defense against West German aggression, the fundamental concern was the threat of economic disaster for the former German Democratic Republic (GDR). To stop its citizens from escaping, the GDR put up barbed-wire fences which soon turned into concrete barriers. A wall was being con-

structed (although it became a taboo in the GDR to call it a "Wall" (Note 1)). Declassified documents posted today by the National Security Archive shed light on how U.S. diplomats and intelligence analysts understood the East German refugee crisis and the sector border closings.

For nearly thirty years, the Berlin Wall was the symbol of a tyrannical regime that had virtually imprisoned its population. When the Wall went up, however, the Western Allies with occupation zones in West Berlin—France, the United Kingdom, and the United States--were already at loggerheads with the Soviet Union over the status of West Berlin. Since November 1958, when Khrushchev issued his first ultimatum, many worried that Khrushchev and Ulbricht might sign a peace treaty that could threaten Allied and West German access to West Berlin. (Note 2) For those reasons, key U.S. government officials did not see the Wall as a threat to vital interests; they had even thought it better if potential East German refugees stayed at home. While seeing the sector border closing as a "serious matter," Secretary of State Dean Rusk probably breathed a sigh of relief when he observed that it "would make a Berlin settlement easier."

The decision taken in early July 1961 by Soviet Premier Nikita Khrushchev and East German president Walter Ulbricht to close the border was a deep secret. While no one on the U.S. side predicted a "wall", diplomats and intelligence analysts saw the possibility of harsh steps to stop the refugee traffic. Nevertheless, East Germany's draconian moves to close the sector borders came as a surprise to President Kennedy. Declassified documents shed light on what some saw as an intelligence failure or at least a failure by intelligence agencies to warn President Kennedy and his advisers of the possibility of GDR action.

Among the other disclosures in this release:

- According to a State Department report, the CIA Station in West Berlin attributed the GDR refugee crisis to the larger crisis over West Berlin. East German citizens worried that if Khrushchev and Ulbricht signed a treaty separating East from West Berlin, their "last chance to escape" would end.
- State Department officials recommended that if the East Germans and the Soviets took severe action to halt the flow of refugees, Washington should protest and "advertise it to the world," but avoid any action that exacerbated the problem. A revolt in East Germany was not in the U.S. interests "at this time."
- During the weeks before the Wall crisis, U.S. Ambassador to the Soviet Union Llewellyn Thompson observed rather pitilessly that "except for the danger of building up pressure for explosion [in the GDR] both we and West Germans consider it to our long-range advantage that potential refugees remain [in] East Germany." The implication was that the refugee crisis was destabilizing East Germany and that if East Germans stayed home this could ease Soviet pressure on West Berlin.
- Officials at the U.S. mission in West Berlin reported on 7 August that if the daily rate (during July 1961) of over 1,100 refugees continued, it would have an "unquestionably disastrous" impact on the GDR economy. East German security police were already removing from trains to East Berlin "almost all males between the ages of 12 and 35."
- The CIA's Office of Current Intelligence reported on 10 August that the regime is considering "harsher measures to reduce the flow" of refugees, although it did not list any possibilities.

- In a speech on 10 August, Ulbricht declared that "We have discussed the (refugee) matter with our Soviet friends and with representatives of the Warsaw Pact states and we have agreed that the time has come when one must say 'so far and no further.'" Several months later, the U.S. President's Foreign Intelligence Advisory Board (PFIAB) saw this statement as the "best indicator" that action was about to take place.
- Washington and other Allied governments did not take significant countermeasures against the sector border closings because basic allied rights were not at stake. Secretary of State Dean Rusk expressed prevailing sentiment when he declared that the wall was not a "shooting issue."
- Allied inaction and the shock of the border closing caused a significant morale problem in Germany, especially West Berlin, which the Kennedy administration tried to remedy. Within a few days, a U.S. Army combat brigade arrived in West Berlin and so did Vice President Lyndon Johnson.
- President Kennedy's feeling that he was not adequately warned about the imminent of East German action to close down the sector borders led him to ask the President's Foreign Intelligence Advisory Board for a report on what "advance information" the intelligence agencies had." According to PFIAB, intelligence agencies had not provided top policymakers with "adequate and timely appraisals of the advance information which had been collected."
- A year after the Wall went up, State Department officials learned from British diplomats that Soviet Deputy Premier Mikoyan had agreed with British Labor Party Leader Harold Wilson's statement that the Wall was a "scandal and a blot on Communism."

As noted, one of the few remaining puzzles about the U.S. reaction to the Wall concerns the performance of U.S. intelligence during the lead-up to the sector border closing. The CIA provided Kennedy with a daily report, the "President's Intelligence Checklist" [PICL] (the forerunner to the President's Daily Brief), but what it had sent Kennedy during the previous several days remains a secret. So far the CIA has refused to declassify any of the PICLS produced during 10-14 August 1961 (and a PFIAB report on the CIA's conduct remains heavily excised). But the National Security Archive's mandatory review appeal for the PICLS is before the Interagency Security Classification Appeals Panel which may decide that CIA secrecy claims are inflated and declassify information.

To read the Notes and Documents see

<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=26018>

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern